

Burghausen. Für Bürgermeister Hans Steindl ist die Erweiterung des Industriegebiets im Norden der Stadt das zentrale Anliegen. Die gesamte Region hängt seinen Worten nach von Wacker ab. Die Wirtschaftskrise habe das so deutlich wie nie zuvor gezeigt, sagte er bei der Verabschiedung des Haushalts im Stadtrat. Das Unternehmen bestreite zusammen mit OMV 90 Prozent der Burghäuser Gewerbesteuer.

Unmut äußerte Steindl darüber, dass die Bedeutung dieser starken Wirtschaft andernorts oft völlig falsch eingestuft werde nach dem Motto – was wollt ihr Burghäuser denn noch alles – ihr habt doch genug Industrie, gönnt doch anderen auch etwas. Dabei profitieren viele andere mit. Allein heuer zahlt Burghausen an den Staat über 11 Millionen Gewerbesteuerumlage. Lediglich 24 Prozent der Gewerbesteuer bleiben in diesem Jahr im Stadtsäckel, letztes Jahr waren es

sogar nur 5 Prozent. „Burghausen sammelt nicht das Geld, sondern wir sind hier eher ein Durchlaufposten“, so der Bürgermeister, der dazu noch süffisant anfügte: „Viele zeigen wenig Verständnis dafür, dass wir die Steueroase Südostbayern am Laufen halten, sie docken dann aber doch ganz gern ihren Saugrüssel an.“

„Landkreis macht viel für die Stadt“

Dabei nahm Steindl den Landkreis ausdrücklich von dieser Kritik aus: „Der Landkreis hat die Bedeutung von Burghausen erkannt. Er investiert derzeit 20 Millionen in der Stadt, davon zusammen mit dem Träger allein 12 Millionen im Krankenhaus. Die Sanierung des Aventinus-Gymnasiums schlägt insgesamt mit 16 Millionen Euro zu Buche, fünf Millionen hat der

Kreis bereits im KuMax investiert, mit der Turnhalle kommen weitere 5 bis 6 Millionen Euro hinzu.“

Die Leistungen der Stadt kommen laut Steindl nicht nur Burghäusern zugute, sondern auch Pendlern und damit jenen, die die Erträge in der Industrie erwirtschaften. Als Beispiel nannte der Bürgermeister das Hallenbad. Das sei auch richtig so und werde von der Industrie insofern honoriert, als sie Verständnis für die von der Stadt festgelegte Höhe der Gewerbesteuer-Hebesätze zeige und den Umstand honoriere, dass damit die weichen Standortfaktoren verbessert werden.

Einen großen Vorteil nannte Steindl gegenüber dem Standort Gendorf, dass die entscheidenden Leute der Industrie in Burghausen vor Ort sind. „Wir haben nicht sechs oder zehn Partner, sondern nur zwei und können uns bei Fragen wie der Erweiterung des Industriegebiets eng abstimmen. Wir

bekommen auch von der Wirtschaft stets genaue und beste Informationen, wie sich die Lage und damit unsere Steuereinnahmen entwickeln und können unsere Vorhaben darauf abstimmen“, so der Bürgermeister.

Insgesamt 10 Millionen Euro werde Burghausen in die Industrie-Erweiterung investieren. „Der Freistaat könnte uns den Grund zumindest zu dem Preis überlassen, wie wir ihn weitergeben. Wenn ich so etwas ins Gespräch bringe oder etwas ganz Neues wie eine Überlassung auf Erbpacht, dann werden die Augen in München groß und ich stoße auf Ablehnung. Dabei würde eine solche Förderung den Haushalt des Freistaats nicht belasten“, so Steindl.

Von Stagnation könne 2010 in Burghausen nicht die Rede sein, das Gegenteil sei der Fall. Noch nie sei von privater Seite so viel investiert worden wie nun ansteht. Die AWO baue für 11 Millionen ein

neues Altenheim, Taurus wolle im Salzschentrum 20 bis 30 Millionen investieren.

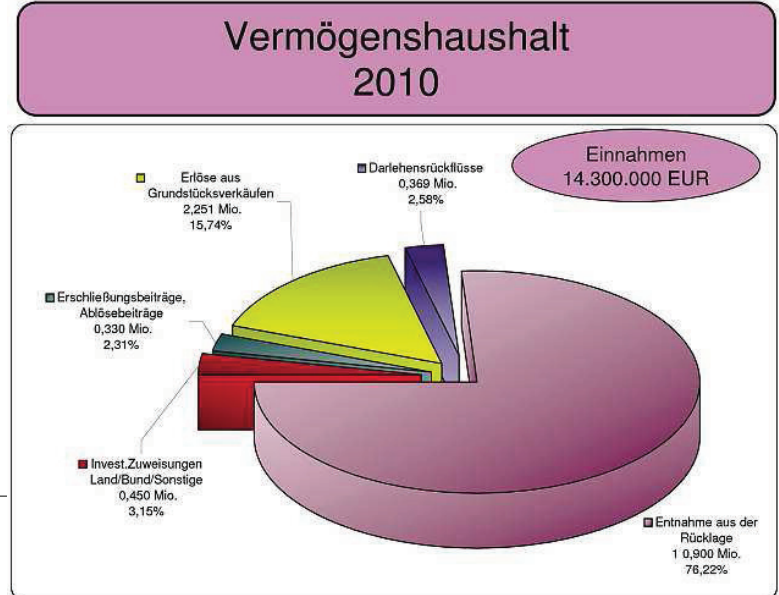
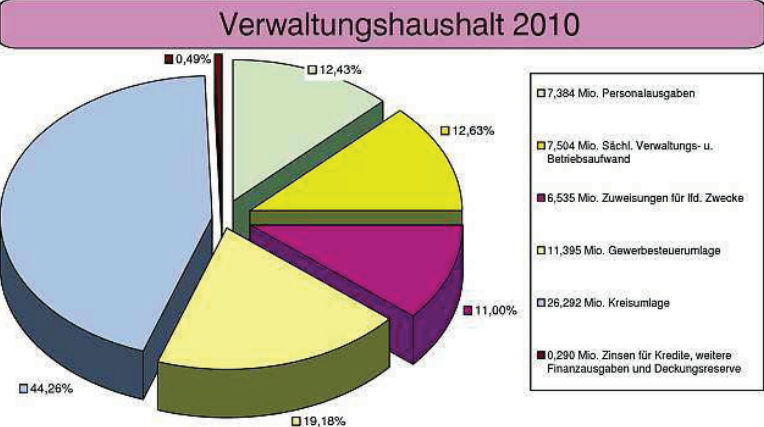
Mieterhöhungen sind unvermeidbar

Steindl warnte aber davor, in Projekte „zu stürmen“, die von überörtlicher Bedeutung sind. Gernüzt war das auf Raitenhaslach, wo die Stadt in den kommenden zwei bis drei Jahren 3 Millionen in die Grundsanierung des Hauptgebäudes stecken wird. Mehr könne die Stadt nicht, dazu bedürfe es eines Trägerkonzepts. Burghausen müsse sich zugleich bereithalten, Projekte zu finanzieren, die derzeit nicht aktuell sind, es aber schnell werden könnten. Das sei einmal die B-20-Umgehung und zum anderen die Fernwärme. „Da denken wir derzeit weniger ans Kraftwerk als an die konservative Schiene,

Prozesswärme von Wacker und der Raffinerie zu nutzen. Etwa 20 Megawatt könnten nutzbar gemacht werden. Damit ließen sich 60 bis 70 Prozent des Stadtgebiets versorgen.“

Auf einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren hin will Steindl die von der Pensionskasse gekauften Wohnungen herrichten und über die stadteigene BuWoG 10 bis 15 Millionen Euro investieren. Dazu machte er schon jetzt klar: Das jetzige niedrige Mietniveau wird nicht zu halten sein. Aber die Mieter sollten auch bedenken: Hätte ein anderer die Wohnungen gekauft, wäre die erste Erhöhung längst erfolgt.

Die Finanzsituation der Stadt sei gut. „Ich bin zuversichtlich für 2010 und wenn ich die Debatte über die Jobcenter und ein fast blindwütiges Agieren auf bundespolitischer Ebene sehe, dann kann ich dazu nur sagen: In Burghausen macht Politik Spaß.“



DATEN; FAKTEN UND HINTERGRÜNDE ZUM STADTHAUSHALT 2010

Die finanzielle Lage der Stadt ist trotz Wirtschaftskrise gut. „Die Steuereinnahmen 2009 und 2010 sind weitestgehend positiv als die gesamtwirtschaftliche Lage erwarten ließ“, stellt Kämmerer Fritz Schwabenbauer in seinem Bericht zum Haushalt heraus. Die Rücklagen betragen derzeit noch fast 40 Millionen und sind damit fast so hoch wie zu Jahresbeginn 2009. Die Stadt wird dennoch auch heuer aus ihrem Vermögen zuschießen müssen, um die vorgesehenen Investitionen von gut 8 Millionen Euro stemmen zu können. 4 Millionen werden von der Rücklage gebraucht, um die laufenden Kosten und die heuer noch hohen Umlagen bezahlen zu können. Insgesamt werden 10,9 Millionen aus den Rücklagen entnommen. Voraussichtlich bleiben dann Ende 2010 noch knapp 30 Millionen Reserven.

Burghausen plant heuer zwar mit insgesamt knapp 50 Millionen Euro Steuereinnahmen. Davon gehen jedoch 11,4 Millionen als Gewerbesteuerumlage an den Staat und 26,2 Millionen Kreisumlage an den Landkreis. Damit bleiben Burghausen von den eigenen Steu-

ereinnahmen lediglich 11,8 Millionen Euro. Zurückzuführen ist das darauf, dass die Umlagezahlen auf den Vorjahren mit den Spitzeneinnahmen basieren. So blieb der Stadt im letzten Jahr bei lediglich 31 Millionen Steuereinnahmen nicht einmal eine Million. Besser wird es 2011. Da rechnet die Stadt bei 41,5 Millionen Einnahmen mit einem im Stadtsäckel verbleibenden Betrag von 17,3 Millionen Euro.

ANZEIGE
Die AWO und die schlesische Landmannschaft lädt ein zum großen **Seniorenball.** Ein buntes Programm mit Tanz erwartet Sie am Faschingsonntag, **14. Feb., ab 14 Uhr im Bürgerhaus.**

Einmütig hat der Stadtrat den Haushalt am Mittwoch verabschiedet. Der Verwaltungshaushalt umfasst 59,4 Millionen Euro. Aus ihm bestreitet die Stadt den laufenden Betrieb. Haupteinnahme ist die Gewerbesteuer. Hinzu kommen 6,8 Millionen Euro Anteil an der Einkommensteuer, fast zwei Millionen weniger als 2008.

Hier wirkt sich die Wirtschaftskrise durch geringere Einkommen der Arbeitnehmer aus.

Die Ausgaben für den laufenden Betrieb zeigt die Grafik oben: Die Kreisumlage, die sich nach den Steuereinnahmen 2008 bemisst, nimmt mit 26,3 Millionen Euro den Löwenanteil ein. Weitere 11,4 Millionen zahlt Burghausen aus der Gewerbesteuer an den Staat. Bleiben die eigentlichen Ausgaben für Personal und den Betrieb der städtischen Einrichtungen, die mit über 7 Millionen Euro etwa gleiche Höhe haben.

Die Grafik rechts zeigt Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts, aus dem die Stadt ihre Investitionen finanziert. Das geschieht in erster Linie aus den Rücklagen aus besseren Zeiten. Bei den Ausgaben bedeutet die Zuführung zum Verwaltungshaushalt, dass Burghausen diese 4 Millionen zur Finanzierung des laufenden Betriebs braucht. Der Grunderwerb dient vor allem der Industrie-Erweiterung. Unter Zuweisungen sind Sportförderung, Zuschüsse wie für den AWO-Altenheimbau und insbesondere 1,5 Millionen für den Bau des Güterterminals enthalten.

